

Auskunft erteilt: Hajo Siemes
Telefon: 02153 898-8505
Telefax: 02153 898-98505

E-Mail:
win-fraktion@nettetal.de

Datum: 24. März 2021

Haushaltsrede der WIN-Fraktion im Rat der Stadt Nettetal zum Haushaltsentwurf 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

I. Ausgangslage und Auftrag der Wählerinnen und Wähler an die unabhängige Wählergemeinschaft WIN

Vor gut einem halben Jahr hat die Kommunalwahl stattgefunden. Die Wählerinnen und Wähler haben uns als Wählergemeinschaft nicht nur bestätigt, sondern neben den Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen waren wir die einzige politische Kraft, die hinzu gewonnen hat und auf fast 11 % gekommen ist. Wir stellen bei unserer dritten Kommunalwahl fest, dass wir uns in Nettetal etabliert haben. Uns ist folgendes wichtig: Ein bürgerfreundliches und bürgernahes Nettetal. Ein lebens- und liebenswertes Nettetal. Ein mobiles und klimaneutrales Nettetal. Ein familienfreundliches und soziales Nettetal. Klare Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Finanzen. Das ist der Auftrag, den wir von den Wählerinnen und Wähler bekommen haben und dem wir uns verpflichtet fühlen. Dies ist der Maßstab, den wir bei Beurteilung des uns vorliegenden Haushaltsplans 2021 anwenden.

II. Zum Haushaltsplan 2021

1. Zum Beratungsverfahren

Seit über einem Jahr leben wir aufgrund der Corona-Pandemie in einem Ausnahmezustand. Das hat auch Auswirkungen auf die Haushaltsberatungen gehabt, die erstmals bei uns nicht in umfangreichen Haushaltsklausurtagungen als Präsenzveranstaltungen stattgefunden haben, sondern in wesentlich kürzeren Videokonferenzen. Auch haben wir viele neue Fraktionsmitglieder, die sich grundsätzlich erst einmal dem Thema „Haushalt“ nähern mussten. Gerne haben wir am 16.01.2021 das Angebot der Kämmerei angenommen, eine allgemeine Einführung zu kommunalen Haushalt zu erhalten. Trotz dieser aufgezeigten Erschwernisse haben wir uns strukturell und inhaltlich verantwortungsbewusst mit dem Haushalt beschäftigt, so dass wir hier und heute eine Entscheidung treffen können.

2. Zum Inhalt

Ziele und Strategien des Haushaltsplans finden in weiten Teilen unsere Unterstützung und Zustimmung. Wir können somit unseren Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge auch an

freiwilligen Leistungen ein gutes Angebot unterbreiten, um die aus unserer Sicht eben dargestellten, priorisierten Ziele zu erreichen. Der Haushaltsplan dient der Gesamtsteuerung und zielt in die richtige Richtung. Mehr inklusives Denken und Handeln, mehr Transparenz, größere Anstrengungen im barrierefreien Wohnungsbau, mehr Chancengleichheit im Bildungsbereich, was aus unserer Sicht auch mehr Gesamtschulplätze beinhaltet, sowie eine Mobilitäts- und Energiewende entsprechen auch unsere Vorstellungen. Dagegen werden wir die Kernsanierung der Werner-Jaeger-Halle weiterhin kritisch begleiten.

Die finanzielle Seite des Haushaltsplans 2021 hingegen macht uns große Sorgen: Ziel unserer Finanzpolitik war und bleibt es für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Generationengerechtigkeit zu kämpfen und zu gewährleisten, dass unsere Ausgleichsrücklage langfristig erhalten bleibt. Dies um ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden und damit wir weiterhin selbst- und nicht fremdbestimmt handeln können. In Bezug auf die Leistungen, Ziele und Strategien des Haushaltsplans bahnt sich ein Zielkonflikt an:

Der fortgeschriebene Entwurf mit Stand vom 18.03.2021 sieht ohne Berücksichtigung der noch heute zu fassenden Beschlüsse im Ergebnishaushalt Erträge von fast 108 Mio. € und Aufwendungen von 114,5 Mio. € vor. Damit beschließen wir heute einen Rekordhaushalt, der ein ordentliches Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit von rund Minus 4 Mio. € ausweist.

Durch das NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz (NKF-CIG) können pandemiebedingte Mindererträge und Mehraufwendungen als außerordentliches Ergebnis ausgewiesen werden. Das NKF-CIG soll den Kommunen die finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten und durch die Möglichkeit der Ausweisung des pandemiebedingten außerordentlichen Ergebnisses das voraussichtliche Jahresergebnis entlasten.

Bei Einbringung des Haushaltsentwurfs betrug dieses außerordentliche Ergebnis rund 2,2 Mio. €. Im fortgeschriebenen Entwurf beträgt dieses nun knapp über 4 Mio. €. Die pandemiebedingten Kosten haben sich nun nahezu verdoppelt. Auch 2021 ist mit erheblichen pandemiebedingten Kosten zu rechnen, zumal trotz Impf- und Teststrategie ein Pandemie-Ende auch für 2021 zur Zeit kaum abzusehen ist.

Nach § 6 NKF-CIG können die Gemeinden die anzusetzende Bilanzierungshilfe beginnend im Haushaltsjahr 2025 linear über längstens 50 Jahre erfolgswirksam abzuschreiben oder aber im Jahr 2024 für die Aufstellung der Haushaltssatzung 2025 die Bilanzierungshilfe ganz oder in Anteilen gegen das Eigenkapital erfolgsneutral ausbuchten.

Mit anderen Worten: Ganz gleich wie wir uns in vier Jahren entscheiden: Diese Kosten, die sich dynamisch weiterentwickeln und voraussichtlich noch steigen werden, zur Zeit sind in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024 rund 14 Mio. € ausgewiesen, werden uns noch vor Riesenprobleme stellen. Die pandemiebedingten Kosten sind jetzt isoliert, bleiben bei der heutigen Betrachtung außen vor, aber sie bleiben vorhanden. Ein Schuldenberg, den wir vor uns herschieben!

Mit den heutigen Beschlüssen und einem zu erwartenden vorläufigen Ergebnis von Minus 380.741 € schmilzt unsere derzeit üppige Ausgleichsrücklage von ca. 25,8 Mio. € schon ein wenig ab. Hinzu kommt, dass das jetzt aus dem vorläufigen Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) bekannt gewordene strukturelle Defizit von ca. 3,8 Mio. € schockiert, weil dadurch Gestaltungsspielräume erheblich eingeschränkt werden.

Addieren wir zu den pandemiebedingten Kosten von ca. 4 Mio. € das uns heute nach voraussichtlichen Beschlüssen vorliegende Ergebnis von ca. 400.000 € und das von der GPA festgestellte, vorläufige strukturelle Defizit von 3,8 Mio. €, so verbleibt ein Gesamtminus von rund 8,2 Mio. €!

Um diesen Zielkonflikt zu lösen, fordern wir schnellstmöglich eine Finanzsanierungskommission, eine Lenkungsgruppe Optimierung und Konsolidierung oder wie auch immer dieses Gremium heißen mag, um selbstbestimmt und fraktionsübergreifend zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen. Steuererhöhungen können nur Ultima Ratio sein. Zu Beginn der Wahlperiode waren uns die erheblichen finanziellen Ausmaße nicht bekannt, sonst hätten wir dies gleich gefordert.

III. Zum Stellenplan 2021

Eine größere Diskussion hat es zum Stellenplan gegeben. Der am 17.11.2020 eingebrachte Stellenplan sieht im Wesentlichen einen rechnerischen Zuwachs von ca. 33 Stellen vor, was auf der Überleitung des Kinder-

gartens Bongartzstiftung in die städtische Trägerschaft und der notwendige Einrichtung eines vierten städtischen Kindergartens beruht. Dies findet unsere Zustimmung.

Die vom Verwaltungsvorstand eingereichte Liste mit insgesamt 8,6 zusätzlichen Stellen sind für sich gesehen, alle gut begründet. Vieles erscheint zwingend notwendig zu sein. Gleichwohl fordern wir, dass nicht nur auf Aufgabensteigerungen und Notwendigkeiten geschaut wird, wo Stellen hinzu kommen, sondern, dass auch untersucht wird, ob in Bereichen Stellenanteile wegfallen können.

Eine solche Überprüfung sollte aus unserer Sicht in einem ergebnisoffenen Prozess mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten geschehen. Des Weiteren hoffen wir auf die Empfehlungen der GPA, die als überörtliche Prüfinstanz Nettetal gerade geprüft hat. In diesem Zusammenhang mahnen wir dringend an, die Empfehlungen der GPA ernst zu nehmen. Das ist leider bei der letzten überörtlichen Prüfung so nicht geschehen.

Fraglich ist zudem, ob sämtliches Verwaltungshandeln immer so notwendig ist. Wenn bei der Besprechung einer Tagesordnung mit der neuen Vorsitzenden des Integrationsrats gleich drei hochrangige Verwaltungsmitarbeiterinnen in einem zweieinhalbstündigen Gespräch anwesend sind, fragen wir uns, ob diese geballte Verwaltungskonzentration nicht überzogen ist. Hier erscheint es uns geboten, die vorhandenen Ressourcen innerhalb der Verwaltung besser zu nutzen.

Den Stellenanforderungen des NetteBetriebs haben wir schon zugestimmt. Sie sind sinnvoll und notwendig. Beim den Stellenanforderungen der Verwaltung halten wir die Stelle im Citymanagement für nicht notwendig. Gerade im Hinblick auf die oben aufgezeigte, drohende klamme Kasse ist es umso wichtiger, zu entscheiden, was Aufgabe der Kommune ist und was nicht.

Über das gewollte Partizipationsmanagement freuen wir uns sehr. Es kommt unseren Vorstellungen eines bürgerfreundlichen und bürgernahem Nettetal sehr entgegen. Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger geht für uns jedoch weiter: Echte Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürger mit Politik und Verwaltung heißt für uns, eine Einwohnerfragestunde vor jeder Ratssitzung einzuführen. Hier werden wir erneut einen Versuch starten und sehen aufgrund der geänderten Mehrheitsverhältnisse gute Realisierungschancen.

Den übrigen Stellenanforderungen der Verwaltung, insbesondere die des Fachbereichs 32, stimmen wir zu. Die drei vorliegenden Anträge der Fraktionen für mehr Personal lehnen wir ab: Die Aufstockung im Bereich des Denkmalschutzes ist nicht verpflichtend. Die Einrichtung einer Stabsstelle Sport ist nicht notwendig, da der FB 40 schon mit einer Stelle entlastet werden soll. Mehr können wir uns jetzt nicht leisten. Ebenfalls nicht zustimmen werden wir der IT-Fachkraft für die Nettetaler Schulen. Bei der Betreuung von Landes-PC-Programmen ist aus unserer Sicht in erster Linie das Land NRW gefordert. Solcher Support sollte nicht auf die Kommunen abgewälzt werden.

Bislang nicht berücksichtigt, aber erforderlich, ist für uns ein zentrales Förderungsmanagement, für dass wir noch einen Antrag einbringen werden. Der Förder-Dschungel ist – auch verstärkt durch die Corona-Förderungen - kaum mehr zu durchschauen. Wir wollen nicht, dass mögliche Fördermittel verloren gehen oder wir als Stadt in eine mögliche Förderfalle tappen, also nicht eindeutig von Fördermitteln profitieren. Die gezielte und verbindliche Inanspruchnahme von Fördermitteln, egal welchen Ursprungs, könnte zu einer Verbesserung der angespannten Haushaltslage unserer Stadt beitragen. Hier benötigen wir Fachpersonal.

Auch notwendig ist zwingend eine Entscheidung zur Unterbringung des städtischen Personals. Hier erwarten wir, dass der Beschluss des Rates vom 14.05.2020 zur Schaffung eines zeitgemäßen Arbeitsumfelds in der Stadtverwaltung Nettetal vollständig und zeitnah umgesetzt wird. An unserer Idee, das Problem der fehlenden Raumkapazitäten im Rathaus durch den Bau eines C2C-Solitärs auf dem Parkplatz zur Kempener Straße Richtung Süchtelner Straße dauerhaft zu lösen, halten wir fest. Diesen Antrag werden wir ggf. erneut einbringen.

IV. Fazit

Grundsätzliche, strukturelle Entscheidungen, die natürlich nur exemplarisch aufgeführt werden können, bleiben richtig.

WIN stimmt dem Haushaltsplan, der Haushaltssatzung und dem Stellenplan zu.

Mit dieser Zustimmung verbinden wir auch einen Vertrauensvorschuss gegenüber unserem neuen Bürgermeister. Des Weiteren werden wir weiterhin mit der Verwaltung, den anderen Parteien und Fraktionen zum Wohle unserer Heimatstadt im Gespräch bleiben und das Gespräch suchen, um nach Möglichkeit einvernehmliche Lösungen zu finden.

Die WIN-Fraktion dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, insbesondere dem Kämmerer Norbert Müller und seinem Team, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Eigenbetriebs NetteBetriebs sowie der städtischen Töchter für die geleistete Arbeit. Und Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.